

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 77 (1997)

Heft: 6

Artikel: China und seine strategischen Ambitionen : ein zukunftsweisender historischer Rückblick

Autor: Stahel, Albert A.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165752>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Albert A. Stahel

ist 1943 in Zürich geboren, wo er 1973 in Wirtschafts- und Politikwissenschaft promovierte. Es folgte ein Forschungsaufenthalt in England über die Strategischen Studien. 1973-79 Zentralstelle für Gesamtverteidigung in Bern. Seit 1979 Privatdozent UNIZ für Politische Wissenschaft, insbesondere Strategische Studien. Seit 1980 hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsakademie Au/ZH für Strategische Studien. 1987 Titularprofessor UNIZ. Reisen in Afghanistan, Pakistan, Russland, China, USA. Veröffentlichungen zu Terrorismus, Kriminalität, Computersimulationen, Strategie des Luftkriegs, Kleinkriege in der Dritten Welt (insbesondere Afghanistan), Theorien der Strategie, Nuklearstrategie. Stahel ist u.a. Mitglied des International Institute for Strategic Studies in London.

CHINA UND SEINE STRATEGISCHEN AMBITIONEN

Ein zukunftsweisender historischer Rückblick

Mitte dieses Jahres werden die kommunistischen Herrscher in Beijing die ehemalige britische Kronkolonie Hongkong der Volksrepublik China eingliedern. Sind damit die strategischen Ambitionen Chinas befriedigt, oder ist der nächste Übernahmekandidat Taiwan?

Im 18. Jahrhundert herrschten die nichtchinesischen *Mandschu*-Kaiser nicht nur über das heutige China, Tibet und die Insel Taiwan, sondern auch über die Mongolei, weite Teile nördlich des Amurs und östlich des Ussuri, die Insel Sachalin, das Altai-Gebirge und Zentralasien mit Kirgistan und Tadschikistan, sowie über die Riukiu-Inseln. Korea, die Sulu-Inseln, die heute den Philippinen gehören, Vietnam, Kambodscha, Thailand, die malayische Halbinsel, Burma, die indischen Andamanen-Inseln, Bhutan, Sikkim und Nepal waren den *Mandschu* mindestens tributpflichtig, wenn nicht sogar untertan.

Niedergang im 19. Jahrhundert

1840 erzwangen die Briten die Einfuhr von Opium nach China. Die *Mandschu*-Kaiser leisteten Widerstand. 1841 brach der erste Opium-Krieg aus. Die britische Navy war den Chinesen überlegen. Die *Mandschu*-Kaiser mussten 1842 den Vertrag von Nanking mit Grossbritannien unterzeichnen. Es folgten 1844 der Vertrag von Wanghia mit den USA und der Vertrag von Whampoa mit Frankreich. Die imperialen Mächte erzwangen von China Handelsrechte. 1847 brach der zweite Opium-Krieg aus, der bis 1860 dauerte. Nicht nur erhielten die Mächte Rechte, sie mischten sich auch in die Thronfolge ein.

Russland im Wettbewerb mit Grossbritannien erreichte durch seine militärischen Vorstöße auch die Abtretung von riesigen Gebieten. So musste China im Vertrag von Peking 1860 die Gebiete nördlich des Amurs und östlich des Ussuri an die Zaren abtreten. Als Folge dieser Einmischungen und Kriege wurde die innenpolitische Struktur Chinas zerstört.

Die Chinesen lehnten sich gegen die *Mandschu*-Herrschaft auf. Es folgten verschiedene Rebellionen, die teilweise mit ausländischer Hilfe niedergeschlagen wurden. Zu diesen gehörten der Taiping-Aufstand und die Nien-Revolution. Grossbritannien, das vor allem von der Schwäche Chinas profitierte, drang darauf, dass die *Mandschu* Reformen durchführten. Gleichzeitig lösten die Briten bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Nepal aus der chinesischen Vasallität und übten zunehmend Einfluss auf Tibet aus. Burma wurde 1900 definitiv von der chinesischen Oberherrschaft abgetrennt. 1885 musste China das Protektorat von Frankreich über Vietnam anerkennen. 1882 übernahm Japan die Herrschaft über die Riukiu-Inseln. Wegen Korea führten China und Japan 1894/95 einen Krieg.

Die Republik

1896 brach der Boxer-Aufstand aus. 1900 intervenierten die Kolonialmächte. In der Revolution von 1911/12 wurde die *Mandschu*-Herrschaft gestürzt. Die Republik wurde ausgerufen. Von 1913 bis 1916 regierte ein *Mandschu*-General als Präsident. Ab 1920 versuchte die Kuomintang-Partei (KMT) von Sun Yat-sen, dem Gründer der Republik, die Macht zu übernehmen. Zwei Rivalen standen ihr gegenüber: die Kriegsherren und die Kommunistische Partei (KP). Nach dem Tod von Sun Yat-sen 1925 kontrollierte General Tschiang Kai-schek die KMT. Von Kanton aus unternahm er den Feldzug gegen die Kriegsherren und zerschlug deren Macht bis 1930. Anschliessend wandte er sich gegen die Kommunisten, die 1934 mit dem Langen Marsch nach Norden auswichen. 1931 fielen die Japaner in die *Mandschurei* ein.

und richteten eine Satelliten-Regierung ein.

Nach dem Zwischenfall bei der Marco-Polo-Brücke in Beijing brach 1937 offiziell Krieg zwischen China und Japan aus. Auf Druck seiner Generäle musste sich *Tschiang Kai-shek* mit den Kommunisten gegen die Japaner verbünden. Obwohl die Japaner weite Teile Chinas überrannten, war die Zusammenarbeit zwischen dem KMT und der KP sehr labil. Immer wieder kam es zu bewaffneten Zusammenstößen. Bereits vor dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor hatten die USA *Tschiang* mit Waffen und Beratern unterstützt. Trotz dieser Hilfe konnte die KMT-Armee nicht modernisiert werden. Gleichzeitig kämpfte China mit wirtschaftlichen Problemen. Während die Inflation eskalierte, zerstörte die Korruption Verwaltung und Streitkräfte. Diesem Zustand der KMT-Regierung setzten die Kommunisten eine effiziente Verwaltung ihrer Gebiete gegenüber.

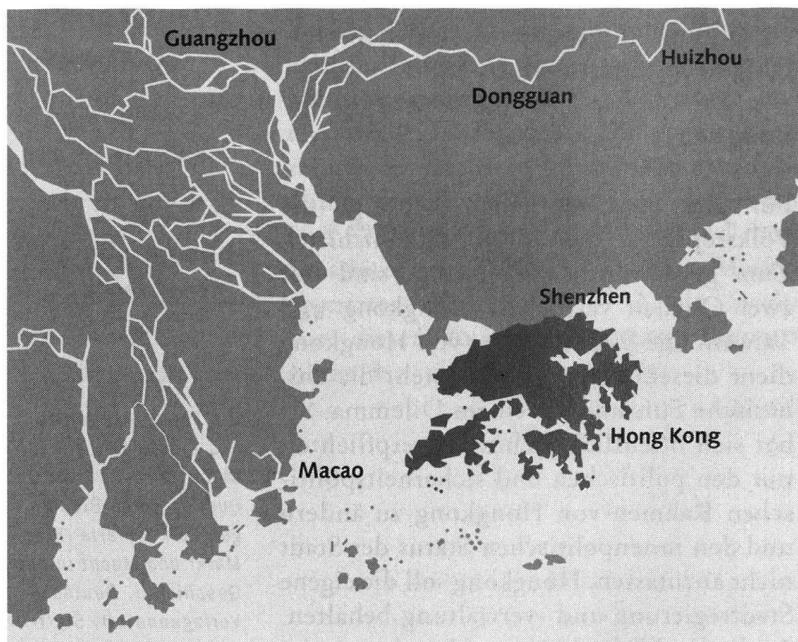
Bereits 1944 zeichnete sich wieder ein Ausbruch des Konfliktes ab. Von 1945 bis 1949 tobte ein Bürgerkrieg zwischen der KMT und den Kommunisten. Mit Hilfe ihrer Stützpunkte in der Mandschurei gelang es der kommunistischen Armee, die KMT-Streitkräfte bis 1948 aus Nordchina zu vertreiben. 1949 eroberten sie den Westen und den Süden Chinas, und *Tschiang Kai-shek* flüchtete mit den Goldreserven der Regierung und den Luft- und Seestreitkräften nach Taiwan. Am 1. Oktober 1949 rief *Mao* auf dem Festland die Volksrepublik aus.

Die Volksrepublik China und der wirtschaftliche Aufschwung

Seither verlangt Beijing die Rückkehr von Taiwan zu China, und der KMT beansprucht die Herrschaft über ganz China. Dabei ist zu beachten, dass Taiwan erst 1683 durch die *Mandschu*-Kaiser erobert wurde. Die Volksrepublik hat seit 1949 verschiedene Krisen und Konflikte durchgestanden. Die grössten Herausforderungen waren sicher die Intervention in Korea 1950, der Zerfall der Achse Beijing-Moskau und die Kulturrevolution 1966–1976. *Maos* Tod im September 1976 und der Fall der Vierer-Bande verhalfen *Deng Xiaoping* zur Macht. Ab 1977 setzte er die

politische und wirtschaftliche Wiedererstarkung Chinas als Ziel. Die Voraussetzung dafür war die Öffnung der chinesischen Volkswirtschaft für die Welt. Ende der siebziger Jahre wurden nicht nur die Preise für landwirtschaftliche Güter angehoben, auch das System der kollektiven Betriebe wurde sukzessive reduziert. Der öffentliche Sektor wurde zurückgedämmt. Für die Modernisierung der Wirtschaft Chinas wurden ausländische Investitionen und Joint Ventures mit allen Mitteln gefördert. Seither boomt die Wirtschaft.

Der einzige sichtbare Rückschlag ist die Niederschlagung der Demonstration auf dem Tian'anmen-Platz in Beijing 1989. Seither sind die Beziehungen zu den USA



Karte aus: Urs.Schöftli, Hong Kong, China. Stelldichein mit der Geschichte, Vontobel-Schriftenreihe, Zürich 1997.

gespannt. Im Zusammenhang mit der Abkühlung der politischen Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten ist auch die Tibet-Frage wieder aktuell geworden.

Der wirtschaftliche Aufschwung wirkt sich nicht nur positiv aus. Während die Grossstädte der Küstenprovinzen boomen, bleibt der wirtschaftliche Aufschwung des Innern Chinas zurück. Die ungleiche Entwicklung hat eine Landflucht zu den Grossstädten ausgelöst, die das Regime nicht mehr bewältigen kann. Gleichzeitig kann aber eine Zunahme der Korruption beobachtet werden. Angesichts der Abnahme der realen Einkommen der kleinen Funktionäre dürfte ihre Loyalität abge-

nommen haben. Die Erosion des Regimes ist im Gange.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung muss die chinesische Führung die Infrastruktur ausbauen. Hierzu sind enorme finanzielle Mittel notwendig. So muss das gesamte Eisenbahnnetz neu aufgebaut werden. Das gegenwärtige Strassennetz ist nur im Küstengebiet modern. Des weiteren benötigen die Grossstädte für den Transport der Menschenmassen dringend modernere Verkehrssysteme. Zusätzlich müssen die Flughäfen modernisiert werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die Flughäfen der Küstenstädte ausgebaut. Weitere Bereiche der Infrastruktur, die dringend saniert werden müssten, sind die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung. Ein modernes und leistungsfähiges Gesundheitswesen fehlt.

Hongkong

Für alle diese Vorhaben benötigt die Volksrepublik gewaltige Finanzmittel. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind nur zwei Quellen verfügbar: Hongkong und Taiwan. Die Einverleibung von Hongkong dient diesem Zweck. Dabei steht die chinesische Führung vor einem Dilemma. Sie hat sich öffentlich mehrmals verpflichtet, nur den politischen und sicherheitspolitischen Rahmen von Hongkong zu ändern und den innenpolitischen Status der Stadt nicht anzutasten. Hongkong soll die eigene Stadtregierung und -verwaltung behalten. Auch die Währung von Hongkong, der Hongkong-Dollar, soll beibehalten werden. Politisch wird aber Hongkong ein Teil von China sein und militärisch wird die Stadt in das Dispositiv der Volksrepublik integriert werden. Das Prinzip soll sein: ein China, zwei Systeme.

Ein Risiko allerdings besteht dabei. Wird der innenpolitische Status von Hongkong nicht geändert, so könnte die Stadt zu einem Magnet für das übrige China werden und das Ergebnis wäre eine riesige Landflucht. Sollte nun aber der innenpolitische Status von Hongkong geändert werden, dann dürfte dies eine enorme Kapitalflucht aus Hongkong nach Kanada und in die USA auslösen. In einem solchen Fall würde die Volksrepublik aber nicht nur das Gesicht in Asien verlieren, sondern auch auf Taiwan abschreckend wir-

ken. Der Slogan «ein China, zwei Systeme» würde sich als eine Farce erweisen. Die Abschreckung von Taiwan wäre aber für China noch schwerwiegender. Um die erwähnten Probleme lösen zu können, ist die Volksrepublik langfristig auf die Kontrolle der Devisenreserven Taiwans angewiesen.

Der Energiebedarf

Für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Ernährung seiner riesigen Bevölkerung ist die Volksrepublik auf eine ungehinderte Energieversorgung angewiesen. In absehbarer Zeit werden die chinesischen Erdölfelder nicht mehr ausreichen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bieten sich nur die Spratly-Inseln im südchinesischen Meer als Erdölquellen an. Obwohl dieser Archipel unbewohnt ist, wird er durch verschiedene Anrainer-Staaten – Vietnam, Malaysia, Indonesien, Brunei, die Philippinen, Taiwan und China – beansprucht. Für einzelne Erdölfelder sind bereits Konzessionen erteilt worden. China dürfte der einzige Staat sein, der seine Ansprüche auch militärisch durchsetzen könnte.

Die hegemonialen Ambitionen

Die Terrakotta-Armee des Ersten Kaisers von China, 221–210 vor Chr.
Quelle: Helga Breuninger/Rolf Sieferle (Hrsg.),
Markt und Macht in der Geschichte, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1995.



Neben den Spratly-Inseln beansprucht China nach wie vor die russischen Territorien nördlich des Amur und östlich des Ussuri. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfolgt von China aus eine langsame Infiltration dieser Gebiete mit chinesischen Siedlern. In Anbetracht des immer noch gewaltigen Waffenpotentials Russlands vermeidet die chinesische Führung eine offene Konfrontation. Gleichzeitig wird waffentechnisches Wissen und Material von den Russen erworben, um für spätere Konfrontationen und Ambitionen gerüstet zu sein. Nach der Beschaffung der modernen Su-27-Kampfflugzeuge von Russland ist China für die Kontrolle der Spratly-Inseln dringend auf den Erwerb eines Flugzeugträgers angewiesen. Ein weiteres Einflussgebiet, auf das die chinesische Führung nicht verzichten will, ist Nord-Korea. Solange die USA in Südkorea Truppen stationiert haben, ist China an einer Wiedervereinigung der beiden Korea nicht interessiert. Was Japan betrifft, so wird dieser Staat nach wie vor als Hauptgegner beurteilt. Dessen sicherheitspoliti-

sche Beziehung zu den USA wird begrüßt. Gleichzeitig wird aber eine Machtstellung der USA auf dem asiatischen Festland abgelehnt. Zwei weitere Staaten, die Beijing als Kontrahenten betrachtet, sind Vietnam und Indien. Nach der Niederlage, die China in den siebziger Jahren gegen Vietnam erlitt, beobachtet Beijing mit Misstrauen die Annäherungen zwischen den USA und Vietnam. Als Gegengewicht zu Indien wird dessen Erzrivale Pakistan mit Waffen und Raketentechnologie versorgt.

Die Seemacht USA im Pazifik

Um alle diese Ambitionen verwirklichen zu können, die teilweise der Machtstellung der *Mandschu* im 18. Jahrhundert entsprechen, muss China seine Streitkräfte modernisieren. Dies wird in Anbetracht der gespannten Verhältnisse zu den USA nicht einfach sein. Die Grundlage der Strategie Chinas sind die Nuklearwaffen. Damit kann die chinesische Führung Russland und Indien in Schach halten. Gleichzeitig dienen diese Waffen auch als Druckmittel gegen die übrigen Nachbarstaaten.

Die einzige Macht, die mittel- und langfristig die Ambitionen Chinas behindern,

*Die einzige
Macht, die mittel-
und langfristig
die Ambitionen
Chinas
behindern, wenn
nicht sogar
verhindern kann,
sind die USA.*

wenn nicht sogar verhindern kann, sind die USA. Mit ihrer Seemachtstellung und ihren zwei Flotten mit den riesigen Flugzeugträgern der Nimitz-Klasse kontrollieren sie den Pazifik. Solange sie über die Stützpunkte auf Okinawa verfügen, sind sie auch in der Lage, jederzeit ungehindert vor den Küsten Chinas zu operieren. Diese Fähigkeit ist der chinesischen Führung 1996 vordemonstriert worden. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen sind die USA nicht an der Aufgabe von Taiwan und damit der Stärkung der Volksrepublik interessiert. Trotz der Grösse des Wirtschaftsmarktes sind die USA bestrebt, Chinas Rivalen zu stärken. Dazu gehört auch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Vietnam. Solange in Beijing eine kommunistische Nomenklatura herrscht, werden die USA die Menschenrechts- und die Tibetfrage immer wieder vorbringen. Die ersten Jahrzehnte des nächsten Jahrhunderts dürften durch die Rivalität zwischen den USA und China bestimmt sein. Aufgrund ihrer geostrategischen Lage und ihres Machtapparates dürften die USA als Sieger aus dieser Auseinandersetzung hervorgehen.♦

SPLITTER

Die postkommunistische Welt befindet sich in einer Phase des Übergangs, in der die Chancen kraftvoll genutzt und die zerstörerischen Kräfte machtvoll in die Schranken gewiesen werden müssen. Beides geht nicht ohne verantwortungsbewusste grosse Mächte, die nicht nur nationale Interessen verfolgen, sondern auch internationale Verantwortung kooperativ praktizieren müssen, am besten integrationspolitisch in regionalen oder globalen Institutionen nach Vorbild der UNO.

(...) Die Alternative heute lautet nicht mehr allein: Gleichgewicht oder Hegemonie, Eindämmung oder Entspannung. Weltbürgertum und Nationalstaat müssen in eine neue Balance gebracht werden. Auch die grossen Mächte sind hiervon betroffen. Verweigern sie sich dieser Aufgabe, dann haben sie keine zukunftsweisende Rolle, sondern werden zum Anachronismus der Weltpolitik.

CHRISTIAN HACKE, in: *Die neue Weltpolitik*, hrsg. Karl Kaiser / Hans-Peter Schwarz, Nomos, Baden-Baden 1995 S. 334.